

## **Resolution zur Friedenspolitik**

*Beschlossen auf der Landesmitgliederversammlung am 19. Juli 2009 in Stuttgart*

### ***Frieden bewegen: Konflikte erkennen, Friedenschancen ergreifen!***

Frieden zu schaffen, Krieg und Gewalt zu verhüten ist die oberste Verantwortung der internationalen Gemeinschaft. Für globale Risiken wie Klimawandel, Ressourcenknappheit, Staatszerfall, Armut, Aufrüstung oder internationalen Terrorismus gibt es keine nationalen oder militärischen Lösungen. Wo Menschen unterdrückt werden, nicht frei von Furcht und Not leben können oder wo die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden, darf niemand wegsehen. Ursachen von Kriegen müssen frühzeitig erkannt und Friedenschancen ergriffen werden. Dafür müssen die Grundsätze der Krisenprävention und Gewaltfreiheit in praktische Politik übersetzt werden. Dies erfordert ein Umdenken in allen Politikbereichen. Denn Krisenprävention ist nicht allein Aufgabe von Außen- und Sicherheitspolitik. Wer Frieden schaffen und erhalten will, muss alle Politikbereiche, also unter anderem auch Entwicklungs-, Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz-, Bildungs-, Kultur-, Gesundheits- und Sozialpolitik in ihr/sein Handeln einbeziehen. Friedenspolitik braucht ein ressortübergreifendes Zusammenwirken, das die konstruktive Rolle der Zivilgesellschaft beachtet, diese einbindet und das Friedenspotential von Frauen erkennt. Dafür braucht es Sensibilität, Investitionen, Fachleute und vor allem ein gutes Zusammenwirken der vielen staatlichen und gesellschaftlichen AkteurlInnen.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg, Sicherheit mehr als nur die Sicherheit von Staaten oder einzelnen Bevölkerungsgruppen. Ohne Sicherheit gibt es keinen Frieden, aber ohne Frieden gibt es auch keine dauerhafte Sicherheit. Friedenspolitik muss weltweit Probleme wirtschaftlicher, humanitärer, sozialer, ökologischer und kultureller Art lösen und die Achtung der Menschenrechte sowie die Garantie der Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied fördern und festigen. Dies kann nur durch die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien, den Abbau sozialer Ungerechtigkeiten und struktureller Gewalt<sup>1</sup> sowie die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Verwirklichung rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien erreicht werden.

#### **1. Aktuelle Herausforderungen**

Die Konkurrenz zwischen einzelnen Staaten um wirtschaftliche oder strategische Vormachtsstellungen fördert, ja ist mitunter sogar auslösend für den Krieg. Die rücksichtslose Verfolgung nationaler Interessen verhindert konstruktive friedliche Zusammenarbeit. Ebenso untergräbt der Großmachtanspruch einzelner

---

<sup>1</sup> *Strukturelle Gewalt*: Der Begriff der strukturellen Gewalt meint die Diskrepanz zwischen den Möglichkeiten des Menschen und deren Verwirklichung. Sichtbare Zeichen einer strukturellen Gewalt sind ungleiche Macht- und Besitzverhältnisse sowie ungleiche Lebenschancen.

Staaten oder Bevölkerungsgruppen die Vision einer internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe und widerspricht der tatsächlichen multipolaren Weltordnung, der auch Reformen im internationalen System Rechnung tragen müssen.

Zwischenstaatliche Kriege zwischen regulären Streitkräften werden immer seltener. Die meisten Kriege werden heute innerhalb von Staaten um politische Macht oder Ressourcen geführt und nehmen die Form von Aufständen oder Gewaltkonflikten zwischen Bevölkerungsgruppen an. Zu ihren GewaltakteurInnen gehören Guerillas, bewaffnete ZivilistInnen oder nur teilweise zu kontrollierende Milizen. Die Gewalt entlädt sich dabei selten in offenen Schlachten, sondern in immer wiederkehrenden Auseinandersetzungen mit wenigen Beteiligten. Diese Konflikte treffen häufig, oft auch auf grausame Weise, unschuldige ZivilistInnen. Solche Kriege werden deshalb nicht durch militärische Gewalt entschieden, sondern durch die Gewinnung der Loyalität der Bevölkerung. Sie können nur selten durch Mittel militärischer „Sicherheit“ entschieden werden. In vielen Fällen erweist sich die Herstellung von funktionierenden, bürgerInnennahen Governance-Strukturen<sup>2</sup> als entscheidend. Erst in Verbindung mit ihnen können entwicklungspolitische Mittel zur Befriedung und Versöhnung beitragen.

Die Debatte um den „Wandel des Krieges“ ist nicht neu. Doch obwohl diese wichtige Debatte geführt wird, wird noch immer unterstellt, dass mehr Truppen zu mehr Sicherheit führen würden und dass sich Kriege durch militärische Überlegenheit beenden ließen. Die Betonung militärischer Machtmittel überspielt häufig nur die politische Konzeptionslosigkeit. Strategien zur Kriegsbeendigung müssen vielmehr die politischen Integrations- und Entscheidungsprozesse der jeweiligen Gesellschaften im Blick haben. Genau darin besteht auch einer der größten Mängel im heutigen Konflikt- und Krisenmanagement: Sobald offene Gewalt verhindert wurde, lässt das Interesse sofort nach und die ebenfalls notwendigen weiteren Maßnahmen erfolgen daraufhin entweder gar nicht oder nur sehr halbherzig. Eine Entschärfung der Auseinandersetzungen kann auf Dauer nur durch intensive Aufarbeitung und die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Diskussionsbasis erfolgen. Zivile Veränderungen funktionieren nur durch die Einbindung aller Teile der Gesellschaft und brauchen ausreichend Zeit für die Stabilisierung.

Eine weitere enorme Belastung ist die Bildung der „failed states“. Fühlen sich manche gesellschaftliche Gruppen vom Staat derart benachteiligt, dass sie in ihm lediglich ein Unterdrückungsinstrument sehen oder erfahren einzelne Gruppen einen derartigen Machtzuwachs, dass sie die Staatshoheit und sein Gewaltmonopol nicht akzeptieren, kommt es zur Bildung von sogenannten „failed states“. In diesen brechen - teilweise nur regional - sowohl die vermittelnden und befriedenden staatlichen Mechanismen als auch die Infrastruktur wie Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Sozialsystem zusammen. Verbunden mit Perspektivlosigkeit und großer Armut sind sie so ein optimaler Nährboden für kriegerische Auseinandersetzungen, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Kriege um Ressourcen und moderne Piraterie.

Ein weiteres großes Problem ist die zunehmende Privatisierung der Kriege: Militärische Aufgaben werden an private Sicherheitsfirmen delegiert. Diese Sicherheitsfirmen sind vielfach mit den modernsten Waffen ausgerüstet und im Einzelfall den staatlichen Streitkräften zahlenmäßig überlegen. Ihr Handeln findet häufig

---

<sup>2</sup> *Governance-Strukturen*: Mit dem Begriff „Governance“ bezeichnet allgemein das Steuerungs- und Regelungssystem im Sinn von Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) einer politisch-gesellschaftlichen Einheit wie Staat, Verwaltung, Gemeinde, privater oder öffentlicher Organisation.

- anders als die Aktionen und Fehler der staatlichen Truppen - keine große mediale Beachtung und passiert in einer völkerrechtlichen Grauzone, so dass die SöldnerInnen manchmal sogar in einem rechtsfreien Raum handeln können. Auch eine politische Kontrolle erfolgt nur unzureichend.

Private Firmen machen somit Gewinn mit dem Kriegsgeschäft. Besonders schlimm wird es, wenn „Kriegsökonomien“<sup>3</sup> entstehen und einzelne Parteien oder Personen wie Warlords<sup>4</sup> einen finanziellen Gewinn aus dem Andauern des Krieges ziehen. Kriege werden so kommerzialisiert, insbesondere da die Kosten einen Krieg zu führen in den letzten Jahrzehnten drastisch gesunken sind. So werden in vielen kriegerischen Auseinandersetzungen leichte und billige Waffen eingesetzt, die insbesondere nach dem Ende des Kalten Kriegs leicht verfügbar geworden sind.

Auch die Neigung von manchen Konzernen, den eigenen Sicherheitsdienst zu einer mit schweren Waffen ausgestatteten Armee aufzurüsten, ist eine zusätzliche Belastung. Solche Gebilde können sowohl zum Staatszerfall beitragen als auch beim Einsatz im Ausland militärische Zwischenfälle auslösen. Ihre Aufstellung und Einsatz ist ein Indiz für mangelndes Vertrauen in staatliche Strukturen.

Der Handel mit Waffen ist in den vergangenen Jahren zu einem Billionen-Markt geworden. Weltweit sind die Militärausgaben auf umgerechnet 1,18 Billionen Dollar gestiegen. Deutschland belegt in der Rangliste der erfolgreichsten WaffenexporteurInnen Platz 3. Für Entwicklungshilfe werden jedoch weltweit umgerechnet nur 103,9 Milliarden Dollar ausgegeben. Dies lässt am tatsächlichen Friedenswillen der großen staatlichen AkteurInnen zweifeln. Von höherem Interesse scheint in Deutschland der Umsatz der Rüstungsindustrie zu sein.

Kleinwaffen sind die Massenvernichtungswaffen von heute – sie sind billig, leicht verfügbar und vor allem leicht zu bedienen. In vielen Krisenregionen stehen immer mehr Kinder und Jugendliche gerade an diesen Waffen – eine besonders schreckliche und Besorgnis erregende Entwicklung, denn die Kinder werden unter grausamsten Bedingungen rekrutiert, in ihren Rechten unbeschreiblich verletzt und traumatisiert.

Die Entscheidung um Truppenstationierungen in Konfliktregionen ist meistens die einzige Frage, welche gesellschaftlich relevant diskutiert wird. Dass die Investitionen in den Aufbau eines solchen Landes meist ein Vielfaches an Personen und finanziellen Mitteln erfordern und insbesondere ein höheres Maß an Organisation und Vernetzung, gerät dabei meist in den Hintergrund. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg eine massive Aufwertung der Entwicklungspolitik und die Entwicklung von Krisenkonzepten, die weitaus sinnvoller, nachhaltiger und effektiver sind als militärische Aspekte. Entwicklungspolitik ist nicht nur ein Auftrag an Hilfsorganisationen und ehrenamtlich Tätige, die sich dort engagieren, auch Staaten sind hier mehr gefordert.

Der beste Weg der Krisenprävention ist die Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Mechanismen, die eine friedliche Schlichtung ermöglichen sowie eine offenere und kritischere Revision der vorhandenen Probleme und Ungerechtigkeiten als auch die Verhinderung von Bewaffnung und Aufrüstung.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Entwicklung von vorausschauenden und weitsichtigen Krisenpräventionskonzepten, die geeignet sind, im breiten gesellschaftlichen Diskurs einen nachhaltigen Konfliktabbau bis hin zur Konfliktlösung zu erreichen. Es geht dabei um die Umgestaltung der politischen

---

<sup>3</sup> *Kriegsökonomie*: Unter Kriegswirtschaft bzw. Kriegsökonomie wird eine auf die Notwendigkeiten des Krieges ausgerichtete Wirtschaftsordnung verstanden, die den Anforderungen der Kriegslage Rechnung trägt.

<sup>4</sup> *Warlords*: Ein Warlord ist ein/e militärische/r und politischer/ AnführerIn, die/der als alleinige/r MachtinhaberIn ein mehr oder weniger regional abgegrenztes Gebiet, das sich innerhalb eines Staatsgebietes befindet, beherrscht.

Integrations- und Entscheidungsprozesse der betreffenden Gesellschaften durch intensive Aufarbeitung der Gründe für drohende Gewaltausbrüche und die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Diskussions- und Verständigungsbasis. Die Fokussierung auf militärisches Vorgehen und die Betonung militärischer Machtmittel lehnt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg dabei als nicht zielführend ab.

## **2. Abrüstung vorantreiben, neue Wege in der Verteidigungspolitik beschreiten!**

### **2.1. Abrüstung**

Abrüstung stellt einen der ersten wichtigen Schritte hin zum Frieden dar. Deutschland liefert hier jedoch ein schlechtes Beispiel ab: Im internationalen Vergleich liegt die Bundesrepublik als Waffenlieferantin auf Platz drei hinter den USA und Russland. In der Vergangenheit machte sich die Bundesregierung gegen ein umfassendes Verbot von Streumunition stark, außerdem wurden deutsche Rüstungsgüter in Konflikt- und Krisenregionen oder deren unmittelbare Nachbarstaaten geliefert<sup>5</sup>. Dies widerspricht dem Rüstungsexport-Verhaltenskodex der Europäischen Union. Ebenso entzieht sich der Rüstungsexport der demokratischen parlamentarischen Kontrolle.

Daher fordern wir umfassende Transparenz in Bezug auf bisher von deutschen Rüstungsfirmen getätigte und von der Bundesregierung genehmigte bzw. selbst durchgeführte Geschäfte mit Waffen und sonstigen militärischen Gütern und Dienstleistungen.

Bis zu 90% aller heutigen Kriegsoffer werden mit Kleinwaffen getötet, die Mehrheit von ihnen sind Kinder und Frauen. Internationale Abkommen und Moratorien sind daher wichtige Schritte, um die Anstrengungen zur Kontrolle der Kleinwaffen zu bündeln und abzustimmen. Die Herstellung und der Handel von Kleinwaffen müssen transparenter werden und gehören sofort eingeschränkt. Polizei und Zollbehörden müssen stärker in die Kontrolle der Kleinwaffenflut eingebunden und unterstützt werden. Nationale und regionale Programme zur Sammlung und Vernichtung von Kleinwaffen müssen entwickelt und international gefördert werden. Damit muss auch die Bekämpfung der weltweit bestehenden Schwarzmärkte einhergehen.

Ein wichtiger Schritt ist nach Beendigung der Konflikte, eine Demobilisierung<sup>6</sup> der GewaltakteurInnen zu erwirken und eine breite Entwaffnung zu organisieren. Den ehemaligen Mitgliedern der Truppen muss - neben einer angemessenen Bestrafung der TäterInnen - eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft möglich werden, damit sie dauerhaft und mit einer Perspektive in das zivile Leben integriert werden können. Dazu müssen verstärkt Programme geschaffen und durch internationale Entwicklungshilfegelder unterstützt werden. Besonders ins Auge gefasst werden muss die Situation von ehemaligen KindersoldatInnen, auch hier braucht es dringend mehr Mittel, zum Beispiel im Bereich der Traumatherapie.

Langfristig sind unsere Ziele, ein verbindliches Exportverbot von Waffen und Waffentechnologien zu erwirken sowie die Konversion der gesamten Rüstungsindustrie hin zu einem Technologiezweig zur ausschließlich zivilen Nutzung. Wir wollen, dass die in Deutschland und Europa stationierten Atomwaffen sofort abgezogen bzw. verschrottet werden. Unser Ziel ist die weltweite Entnuklearisierung. Wir wollen den Abschluss einer

---

5 Zum Beispiel wurde bekannt, dass georgische Spezialeinheiten neuwertige deutsche G36-Gewehre beim Konflikt mit Russland einsetzen, obwohl für Georgien eine Ausfuhrgenehmigung abgelehnt worden war und ein Weiterverkauf nicht erlaubt ist.

6 *Demobilisierung*: Mit Demobilisierung wird die Rücknahme einer Mobilmachung oder die Auflösung einer Streitmacht bezeichnet.

Konvention zum Verbot aller Nuklearen und Biologischen Waffen sowie die unbeschränkte Befolgung der Chemiewaffenkonvention. Kurzfristig fordern wir die strikte Einhaltung der bisherigen Waffenexportbeschränkungen und die Einstellung von Exporten in Krisenregionen und Staaten mit inneren Konflikten.

## **2.2 „Fünf für den Frieden!“**

„Fünf für den Frieden“ ist der Name für ein neues Konzept, mit dem gezeigt wird, dass schon heute konkrete Schritte hin zur friedlichen Welt von morgen unternommen werden können. Konkret sieht das Konzept vor, den Verteidigungshaushalt jährlich um fünf Prozent zu reduzieren, um die frei werdende Dividende in Friedensforschung, zivile Krisenprävention und humanitäre Aufbauhilfe zu investieren. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, „Fünf für den Frieden“ als festen Bestandteil in die europäische Friedenspolitik zu integrieren.

## **2.3 Freiheit statt Zwang: Wehrpflicht abschaffen, Freiwilligendienste stärken**

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert die Abschaffung der Wehrpflicht. Sie ist die ungerechteste und unsinnigste Form beim Versuch, Nachwuchs für die Bundeswehr zu rekrutieren. Als Zwangsdienst bedeutet die Wehrpflicht einen tiefen Einschnitt in die individuelle Freiheit junger Männer, indem sie deren Lebensplanung und Ausbildungswege in nicht hinnehmbare Weise einschränkt. Konzeptionell und in der praktischen Umsetzung ist sie zutiefst geschlechterungerecht. Die sich seit Jahren verschärfende Wehrungerechtigkeit zeigt die Selbstauflösungserscheinungen dieses konservativen Ladenhüters: Von einem Jahrgang werden weniger als 25 % der Wehrpflichtigen tatsächlich zum Wehrdienst einberufen, während im Gegensatz dazu Kriegsdienstverweigerer den Zivildienst fast immer ableisten müssen. Das macht das System auch in sich ungerecht!

Sicherheitspolitisch ist die Wehrpflicht längst nicht mehr notwendig und europaweit ein Auslaufmodell. Auch volkswirtschaftlich wäre es vernünftiger, die Zivildienststellen in reguläre Arbeitsplätze umzuwandeln und freiwilliges Engagement intensiver zu fördern: Nach Angaben der OECD mindert die Wehrpflicht das wirtschaftliche Wachstum jährlich um 0,5 Prozent.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, Menschen als Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, anstatt sie mit Pflichtdiensten zu gängeln. Stattdessen überkommene Strukturen zu zementieren, brauchen wir schnellstmöglich einen massiven Ausbau der Jugendfreiwilligendienste mit klaren und transparenten Qualitätsstandards. Hier gibt es ein großes Potenzial von engagementbereiten Jugendlichen, die sich gerne einbringen würden. Durch den Ausbau von Freiwilligendiensten und zivilgesellschaftlichem Engagement lässt sich auch dem Leitbild einer aktiven und solidarischen BürgerInnengesellschaft näher kommen, das die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg seit jeher verfolgt.

## **2.4 Junggrüne Ideen zur Konfliktprävention**

Junggrüne Politik setzt auf Konfliktprävention statt auf militärische Auseinandersetzung. Der Primat der diplomatischen Konfliktlösung ist fester Bestandteil dieses Konzepts. Denn nur durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit und internationale Solidarität kann sich abzeichnenden Spannungen entgegengewirkt

werden.

Eine Entwicklungshilfe, die nicht auf bloßen Gesten, sondern dem tatsächlichen Willen zur Gleichstellung benachteiligter Staaten basiert, gehört ebenso dazu. Denn eine friedliche Auseinandersetzung auf internationaler Ebene setzt eine weltweite stabile Zivilgesellschaft, welche auf der Würde des Menschen beruht, voraus.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert einen stärkeren Ausbau einer friedensfördernden Entwicklungszusammenarbeit sowie vertrauensbildende Maßnahmen und Versöhnungsarbeit auf internationaler Ebene, insbesondere zwischen Konfliktparteien. Wir machen uns stark für die Förderung der Entsendung von zivilen Friedensfachkräften in Krisenregionen. Wir wollen eine Stärkung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft weltweit. Wir fordern die Ratifizierung, Durchführung und Überwachung internationaler Übereinkünfte zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und zivilem Krisenmanagement.

Durch den vom Menschen verursachten Klimawandel werden Konflikte, zum Beispiel um Trinkwasser, Landnutzung und Nahrungsmittel, verstärkt oder gar erst ausgelöst. Auch die sich erschöpfenden Ressourcen und der Verlust von Biodiversität wird zu neuen Konflikten führen. Daher ist für die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg konsequenter Umwelt- und Klimaschutz zugleich auch Konfliktprävention.

### **2.5 Auslandseinsätze sind kein Allheilmittel**

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg steht für eine Politik, die mittels Gleichberechtigung aller Menschen, gerechter Ressourcenverteilung und Achtung der Menschenwürde Kriegen und Konflikten vorgreift und deren Entstehung unterbindet. Wir streben die Entwicklung hin zu einem World-Government<sup>7</sup> an, in dem Nationalstaaten zusammenwachsen und zwischenstaatliche Konflikte somit beigelegt werden können. Internationale Politik der Gegenwart muss auf Diplomatie und Zusammenarbeit ausgerichtet werden.

Auslandseinsätze der Bundeswehr unter dem Gesichtspunkt der Konfliktbewältigung halten wir nicht für friedensfördernd, da mit Waffen kein Frieden geschaffen werden kann. Dennoch erkennen wir an, dass die Internationale Politik noch nicht den oben beschriebenen Status erlangt hat. Für Auslandseinsätze formulieren wir daher untenstehende Kriterien, auch wenn wir langfristig gesehen Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen und eine neue Ausrichtung der Außenpolitik nach oben genannten Maßstäben fordern. So lange diese Ausrichtung jedoch nicht durchgesetzt werden konnte, müssen folgende Kriterien gelten:

Es muss ein absolutes Primat der Politik und der zivilen Konfliktlösung geben, Militär ist nur als äußerstes Mittel hinnehmbar – die zugrunde liegenden Interessen müssen immer die Kriegsverhütung und die Friedenssicherung sein. Es darf nie um eine Bevormundung der Bevölkerung und auch nicht um eine Besatzung gehen, sondern die Hauptverantwortung muss bei den Konfliktparteien liegen. Der Einsatz militärischer Gewalt darf ohne ein VN-Mandat nicht möglich sein und muss im Rahmen von multilateralen Bündnissen erfolgen. Allerdings sehen wir die Blockadehaltung einer einzelnen Vetomacht gegenüber einer

---

<sup>7</sup> *World-Government*: Der Begriff bezeichnet das Konzept einer demokratischen Weltregierung als einer politischen Macht, der sich alle Staaten der Erde freiwillig unterwerfen, um globale Probleme besser lösen zu können. Beispielsweise werden u.a. die Vereinten Nationen als Beleg für eine Entwicklung hin zum World-Government verstanden.

Mehrheitsmeinung der Vollversammlung und des Sicherheitsrates als Ausnahme an, wodurch eine legitimes und notwendiges UN-Mandat oft verhindert wird. Dabei dürfen nie die Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Parlamente beschnitten werden und die Politik muss sich in diesen Punkten auch dem Dialog mit den BürgerInnen stellen. Ein solcher Einsatz muss ein klar definiertes Ziel haben, das erreichbar ist, statt in einer allgemeinen Hilflosigkeit auf ständige Mandatsverlängerung zu setzen.

## **2.6 Eine Alternative zu Auslandseinsätzen: soziale Verteidigung**

Für uns ist Gewalt nie die richtige Lösung. Nichtsdestotrotz kommen Menschen oder gesellschaftliche Gruppen auch in die Not, sich wehren zu müssen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg macht sich dafür stark, dass Konzept der Sozialen Verteidigung wieder verstärkt in den Diskurs des Friedens einzubringen und nicht in die Rhetorik von unumgänglichen Gewalteinsatz einzustimmen.

Einen wehrhaften Pazifismus, der mit Mitteln des zivilen Ungehorsams und gewaltfreiem Widerstand gegen Unterdrückung und Gewalt kämpft, halten wir für eine sinnvolle, legitime und wirksame Vorgehensweise. Soziale Verteidigung kann von Freundlichkeit und Diskussionsbereitschaft gegenüber den AngreiferInnen über symbolische Aktionen und Streiks bis hin zu Blockaden oder Sabotage, die nicht darauf abzielt, Menschen zu verletzen oder zu töten und unter keinen Umständen eine akute Gefährdung von Menschenleben in Kauf nimmt, reichen. Zugrunde liegt der Sozialen Verteidigung nicht nur die Einstellung, dass Gewalt der falsche Weg ist, sondern auch, dass der Preis der Fremdherrschaft und nicht des Angriffs möglichst hoch sein soll – so kann auch die Zahl der Opfer wie auch die Zerstörung von Infrastruktur, Städten, Landschaften und Kulturgüter vermindert werden. Außerdem kann von der Sozialen Verteidigung eine warnende Wirkung ausgehen.

## **3. Multilateralismus und Reform internationaler Gremien**

### **3.1 Ein Mehr an Gerechtigkeit, Transparenz, Demokratie und Handlungsfähigkeit!**

Prävention, Friedenssicherung und Friedenswahrung sind die wichtigsten Aufgaben der Weltgemeinschaft und verlangen legitimierte multilaterale Ansätze statt Koalitionen der Willkür, die nach eigenen Interessen handeln. Die Konflikte müssen dabei frühzeitig auf der Tagesordnung der Gemeinschaft stehen und nicht erst in den Blickpunkt gelangen, wenn es zu grausamen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommt und der Druck der Weltöffentlichkeit zum Handeln zwingt. Bei der Konfliktlösung spielen lokale Lösungen eine entscheidende Rolle, denn nur die am Konflikt beteiligten Menschen können eine dauerhafte Lösung des Konflikts wie einen Versöhnungsprozess bewerkstelligen. Aber auch die regionalen AkteurInnen und umliegenden Staaten sind aufgefordert, einen Beitrag zum Frieden zu leisten – sei es durch die Vermittlung zwischen Konfliktparteien, die Aufnahme von Flüchtlingen oder Hilfe beim Wiederaufbau.

Ebenso sind gemeinsame Anstrengungen unerlässlich, Konfliktursachen zu erkennen und ihnen frühzeitig zu begegnen – auch das funktioniert heutzutage nur global: Sei es der Kampf gegen Armut oder den Klimawandel und die damit einhergehende Zerstörung von Lebensräumen und überlebenswichtigen Ressourcen.

Dazu braucht es auf internationaler Ebene andere Gremien – statt zum Feigenblatt zu werden, müssen internationale Organisationen unter Wahrung der Subsidiarität alle Kompetenzen von den Nationalstaaten erhalten, die sie zur Lösung von Problemen wie Kriegen, Armut, Hunger, Umweltzerstörung oder Klimawandel brauchen. Dazu müssen die Staaten auch bereit sein, eine angemessene finanzielle Ausstattung der Internationalen Organisationen zu gewährleisten.

Internationale Gremien sind kein Spielball einzelner, mächtiger Staaten, die so versuchen ihre Einzelinteressen durchzusetzen – die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechte Repräsentation ein, die alle Staaten grundsätzlich gleich behandelt und dabei aber auch die Größe der Bevölkerung berücksichtigt.

Statt geschlossenen Runden braucht das internationale System ein mehr an Demokratie, ein mehr an Transparenz und ein mehr Öffentlichkeit – das schafft Legitimität und Durchsetzungsvermögen.

Leitprinzipien des Handelns von internationalen Gremien und Staatenverbänden müssen in erster Linie immer der Schutz der Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts sein. Eine Aushöhlung des allgemeinen Gewaltverbotes und eine Selbstmandatierung zum Einsatz militärischer Gewalt, wie man sie in den letzten Jahrzehnten beobachten konnte, lehnt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg strikt ab.

Nur Reformen, die dieses bewerkstelligen können zu einem effizienten und gerechten internationalem System beitragen, das Konflikte löst und Kriege und Konflikursachen effektiv bekämpft.

### **3.2 Die Stärkung der Vereinten Nationen**

Die Gründung der Vereinten Nationen war ein bedeutender Schritt in die Richtung einer friedlichen Welt und eines Systems der kollektiven Sicherheit. Die Friedenssicherung ist eine der Hauptaufgabe der Vereinten Nationen, deren Ziel die Vermeidung und Beendigung von Konflikten ist.

Bisher sind die Vereinten Nationen zu schwach um effektive Maßnahmen für Friedenssicherung und Menschenrechte ergreifen zu können und werden auch immer wieder von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, über deren exklusives Vetorecht blockiert, das diese aufgrund von eigenen Interessen nutzen.

Zu einer Stärkung der Vereinten Nationen gehört neben der Einführung von ausreichend bemessenen Pflichtbeiträgen für alle Mitglieder auch effektive Haushaltskontrollen und die ehrliche Auswertung von politischen Projekten. Dringend notwendig ist auch eine Repräsentanz im Sicherheitsrat, die sich an einer multipolaren Welt orientiert und nicht an alten Hegemonialmächten: die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert deshalb eine Abschaffung des Veto-Rechtes und ein politische Repräsentanzprinzip im Sicherheitsrat, deren Basis die regionale Verteilung der Weltbevölkerung ist.

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg will eine stärkere Übertragung von Kompetenzen, die bisher in den Händen der Nationalstaaten sind, auf die internationale Ebene. Dieses gilt für alle drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Judikative, Außerdem setzen wir uns langfristig für ein gewähltes UN-Parlament ein um eine Aushöhlung demokratischer Prinzipien zu verhindern. Hier sollen dann nicht die delegierten VertreterInnen, teils undemokratischer und menschenrechtsfeindlicher Regime, sitzen, sondern gewählte ParlamentarierInnen.

### **3.3 Auflösung der NATO und Stärkung einer Zivilmacht Europa**

Die Europäische Union ist ein Erfolgsmodell des Friedens innerhalb von Europa, sie kann auch zu einer Zivilmacht für den Frieden auf der Welt werden. Dazu muss es eine einheitliche und koordiniertere Politik der EU-Mitgliedsstaaten geben, damit Europa eine starke Stimme für den Frieden sein kann.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg eine stärkere Übertragung von Kompetenzen im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik unter Einbindung des europäischen Parlaments auf Gemeinschaftsebene. Darüber hinaus fordert sie die Auflösung der NATO, für die es viele Gründe gibt. Die NATO hat nach 60 Jahren ausgedient und stellt eine exklusive Organisation dar, die wichtige AkteureInnen ausschließt, nur der Durchsetzung transatlantischer Interessen dient und der es an Kontrolle und Transparenz mangelt. Die NATO verhindert ein Erstarren einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Friedenspolitik ganz konkret über Abkommen wie Berlin-Plus, aber auch durch die faktische Dominanz der USA. Die NATO hat das Völkerrecht gebrochen<sup>8</sup> und ordnet sich nachgewiesenermaßen nicht den Vereinten Nationen unter. Von einem Verteidigungsbündnis aus dem „Kalten Krieg“ entwickelt sich die NATO immer mehr zu einem Offensivbündnis, das auf einer Suche nach einem neuen Sinn und Zweck ist. Der Weg dorthin scheint höchst bedenklich wie die neue NATO-Strategie zeigt: so werden Probleme wie Klimawandel, Armut und Migration als Sicherheitsrisiken eingestuft und sollen auch mit militärischen Mitteln „gelöst“ werden.

### **3.4 Für eine universelle Strafgerichtsbarkeit gegen Menschenrechtsverbrechen**

Effektiver Menschenrechtsschutz und Friedensprozesse, die nach schwerwiegenden Konflikten mit Menschenrechtsverletzungen auf den Weg gebracht werden, bedürfen sowohl im Namen der Vorbeugung, der Versöhnung als auch der Gerechtigkeit der Verurteilung der betreffenden TäterInnen. Dazu braucht es eine globale und unabhängige Gerichtsbarkeit, die Verbrechen aufdeckt, aufklärt und die TäterInnen zur Verantwortung zieht und bestraft sowie die Opfer entschädigt. Eine konsequente Strafverfolgung dient auch dem Ziel von Prävention und Abschreckung.

So gehört die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes<sup>9</sup> nach der Etablierung der Vereinten Nationen zu den wichtigsten Erfolgen des Völkerrechts, der Gerichtshof ist ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung schwerster Menschenrechtsverbrechen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert, den bereits ins Auge gefassten Straftatbestand des Verbrechens der Aggression möglichst schnell in seine Zuständigkeit aufzunehmen. Bisher kann der Internationale Strafgerichtshof nur tätig werden, wenn ein Staat das Statut ratifiziert hat und die Verstöße auf dem Territorium eines Vertragsstaates stattfinden. Da bisher nur 108 Staaten Vertragsparteien sind, wird sowohl die Reichweite als auch die Legitimität des Internationalen Strafgerichtshofes eingeschränkt. Besonders schwer wiegt hier die Ablehnung seitens der USA, die die Zuständigkeiten des Internationalen Strafgerichtshofes für eigene BürgerInnen nicht nur ablehnt, sondern sich auch im Falle eines gegen ihren Willen herbeigeführten Prozesses eine Befreiung mit militärischen Mitteln vorbehält. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher alle Staaten und insbesondere die USA auf, das Rom-Statut zu ratifizieren und sich der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu unterwerfen.

---

<sup>8</sup> Zum Beispiel hat die NATO mit dem Kosovokrieg einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg geführt, da die militärische Intervention ohne UN-Mandat erfolgte.

<sup>9</sup> *Zuständigkeiten*: Der Internationale Strafgerichtshof ist für die drei Delikte des Völkerstrafrechts, nämlich Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zuständig.

### **3.5 Die Auflösung aller nationalen Armeen hin zu einer UN-Friedenssicherungseinheit**

Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg hat den Mut zu Visionen und will eine Welt ohne Armeen – der Weg dahin ist noch weit, aber nicht unmöglich. Langfristig könnte man sich eine Art UN-Friedenssicherungseinheit unter der Aufsicht eines reformierten Sicherheitsrates mit gleichzeitiger parlamentarischer Kontrolle vorstellen, so dass alle militärischen Kapazitäten der UN unterstellt werden.

Erste Schritte auf diesem Weg wären die Aufstellungen von Armeen regionaler Verbände wie der EU, denen zwingend notwendig die Auflösung der nationalstaatlichen Armeen vorausgehen müsste und die einer effektiven parlamentarischen Kontrolle unterliegen müssen – das Primat der diplomatischen und zivilen Konfliktlösungen, die Abrüstungsinitiativen und frühzeitige Prävention müssen dabei weiter erhalten und ausgebaut werden.

### **4. Dauerhaften Frieden möglich machen**

Für uns ist Frieden mehr als die bloße Abwesenheit von Gewalt. Ein friedliches Miteinander basiert auf Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb geht es nicht nur darum Kriege zu beenden oder ihren Ausbruch zu verhindern, sondern besonders darum einen Nährboden für einen stabilen Frieden zu schaffen. Teilhabe ist hier das Schlüsselwort: alle gesellschaftlichen Gruppen müssen am Wohlstand und an der politischen Entscheidungsfindung partizipieren können. Deshalb muss auch Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch vor Ort gefördert werden. Wo gesellschaftliche Gruppen oder Staaten sich feindlich gegenüberstehen heißt die Antwort Dialog und Versöhnung, Kooperation und Austausch – auf politischer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene.

#### **4.1 Frieden und Frauen – das gehört zusammen**

Häufig sind Frauen die Hauptleidtragenden von gewaltsamen Konflikten: sexualisierte Gewalt und systematische Vergewaltigungen werden als Kriegswaffe eingesetzt. Hier darf nicht weiter weggeschaut werden. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass geschlechtersensible Ansätze in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik eine große Bedeutung erhalten und fest verankert werden. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass Frauen in Friedens- und Versöhnungsprozessen, bei der Konfliktprevention sowie beim Wiederaufbau Schlüsselakteurinnen sind. Deshalb müssen auch die bereits beschlossenen UN-Resolutionen<sup>10</sup>, die den Schutz von Frauen als auch ihre Partizipation, Gleichstellung und Repräsentanz im Blick haben, endlich konsequent umgesetzt werden.

---

<sup>10</sup> UN-Resolution 1325 und UN-Resolution 1820